



## Antrag

Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### **Entschließung: Staatliches Handeln und ziviles Engagement sind erforderlich**

Der Landtag wolle beschließen:

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Proteste im Stendaler Ortsteil Insel gegen den Zuzug von zwei ehemaligen Sicherheitsverwahrten appellieren die Fraktionen von CDU, DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Sachsen-Anhalt, Haftentlassenen die Chance zur Resozialisierung zu geben und sie in der Gesellschaft aufzunehmen. Staatliches Handeln und ziviles Engagement sind erforderlich und bedürfen einer angemessenen Kommunikation.

Die Fraktionen nehmen die Ängste von Nachbarn ernst. Es ist auch originäre Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger vor Gefahren zu schützen. Inakzeptabel ist es jedoch, die universalen und unveräußerlichen Menschenrechte der Betroffenen zu missachten. Die Menschenwürde gebietet es, dass jeder Straftäter eine realistische Perspektive haben muss, seinen Platz in der Gesellschaft wieder zu finden. Zur Chance auf Resozialisierung gibt es in einem Rechtsstaat keine Alternative. Die beiden 54 und 64 Jahre alten Männer, die jetzt in Insel leben, haben ihre Freiheitsstrafe verbüßt und unterliegen dem engmaschigen Netz der Führungsaufsicht des Sozialen Dienstes der Justiz. Wie alle Bürgerinnen und Bürger haben auch Haftentlassene und ehemalige Sicherheitsverwahrte das Recht, den Ort für einen Neuanfang grundsätzlich frei zu wählen. Der grundrechtlich geschützte Freiheitsanspruch der Betroffenen lässt sich aufgrund der aktuell zugespitzten Situation derzeit nur schwer realisieren. Daher muss die Politik um gesetzliche und rechtsstaatliche Lösungen ringen.

Die Landtagsfraktionen halten es für unerträglich, wenn latente Ängste geschürt werden und keine klare Distanzierung von Rechtsextremisten und ihren menschenverachtenden und rechtstaatsfeindlichen Ideologien erfolgt. Es ist klar zu verurteilen, wenn rechtsextreme Kräfte die Probleme vor Ort für ihre politischen Ziele instrumentalisieren und sich damit gegen die Verfassung stellen. Die Vertreibung von Menschen zu fordern, kann nicht das Ziel einer verantwortlichen Politik sein.

Demokraten dürfen es nicht hinnehmen, dass Vertreter menschenverachtender Ideologien zu politischen Verhandlungspartnern werden. Bereits wenn auch nur der Anschein erweckt wird, dass erst auf den Plan tretende Neonazis vermeintlich „Recht und Ordnung“ durchsetzen, beschädigte dies den Rechtsstaat.

Gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Reform des Rechts der Sicherungsverwahrung muss diskutiert werden, wie die Bedingungen für eine aussichtsreiche Resozialisierung besser gestaltet und ein Mehr an Akzeptanz erreicht werden können. Insgesamt zeigen die Probleme der Resozialisierung in Insel, dass ein schlüssiges und gesellschaftlich akzeptiertes Gesamtkonzept für diesen Bereich noch zu erarbeiten ist. Bundesweite Standards sind wünschenswert.

Erfolgreiche Integration bedeutet aber auch, dass sich die Arbeit nicht nur auf die Betroffenen beschränkt, sondern auch durch Beratungsangebote Bewohnerinnen und Bewohner mit einbezieht.

### **Begründung**

erfolgt mündlich.

André Schröder  
Fraktionsvorsitzender CDU

Wulf Gallert  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Katrin Budde  
Fraktionsvorsitzende SPD

Prof. Dr. Claudia Dalbert  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN